

VR-07 (V-103)-089 Migrations- und Asylpolitik: Zurück zur Vernunft

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow)

Änderungsantrag zu VR-07 (V-103)

Von Zeile 88 bis 90 einfügen:
auf eine bessere Zukunft haben.

Wir haben mit dem Lieferkettengesetz auf europäischer Ebene und in Deutschland ein Instrument geschaffen, das Menschen in den globalen Lieferketten davor schützt für Hungerlöhne ausgebeutet zu werden. Durch soziale und ökologische Mindeststandards wird von den Unternehmen eingefordert diese Standards einzuhalten. Das Lieferkettengesetz wirkt präventiv gegen Ausbeutung, Armut, Verelendung und Migration, denn durch das Lieferkettengesetz wird das soziale und ökologische Existenzminium der Menschen gewährleistet. Das europäische Lieferkettengesetz sollte zum weltweiten Standard für global agierende Konzerne werden, weil dann für alle Menschen auf diesem Planeten soziale und ökologische Mindeststandards gewährleistet sind.

Deswegen treten wir dafür ein, Arbeitsmigration zu vereinfachen,

Begründung

Beim Besuch von Entwicklungshilfeministerin Schulze in Pakistan hat sich eindeutig gezeigt, dass unser Lieferkettengesetz sich sehr positiv auf die realen Lebensbedingungen – insbesondere der Frauen – auswirkt. Gefragt wurden Frauen, die als Näher*innen in Pakistan arbeiteten. Die Frauen äußerten sich sehr positiv, denn sie könnten ihre Kinder in die Schule schicken, auf ein kleines Häuschen oder auf Reise nach Mekka sparen. In der Realität wirkt unser Lieferkettengesetz also sehr gut präventiv gegen Armut, Flucht und Ausbeutung.

weitere Antragsteller*innen

Marco Petrikat (KV Köln); Jens Pommer (KV Düsseldorf); Andreas Kleist (KV Coburg-Land); Walter Zuber (KV Aurich-Norden); Philipp Schmagold (KV Plön); Jan Möbius (KV Berlin-Lichtenberg); Bettina Deutmoser (BV Bundesverband); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Barbara Poneleit (KV Forchheim); Elisabeth Giesemann (KV Berlin-Lichtenberg); Clara-Sophie Schrader (KV Berlin-Pankow); Wolf-Christian Bleek (KV Starnberg); Robert Wlodarczyk (KV Herzogtum Lauenburg); Jürgen Kaldewey (KV Segeberg); Kathrin Weber (KV Bielefeld); Angelika Aigner (KV Traunstein); Johannes Ruckerl (KV Regensburg-Stadt); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Elisabeth Dorff (KV Rastatt/Baden-Baden); sowie 33 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.